

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berthg. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803.

Verantwortlicher Schriftleiter: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 10
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Belgien nimmt das Washingtoner Abkommen an Für Deutschland eine Ausrede weniger

Wie der Brüsseler Peuple meldet, hat der belgische Arbeitsminister die bedingungslose Annahme des Washingtoner Abkommens durch einen Gesetzesentwurf vorbereitet. Daß der Entwurf bald Gesetz sein wird, kann als sicher gelten, da ein nennenswerter Widerstand in keiner der beiden gesetzgebenden Körperschaften zu erwarten ist. Durch die Gesetzgebung des Abkommens wird nun freilich an dem bestehenden Zustand in Belgien kaum etwas geändert; denn der Achtstundentag ist dort schon seit 1921 gesetzlich eingeführt und in einem liberaleren Ausmaß, als dem Washingtoner Abkommen eigen ist. Durch dessen Gütetheilung könnte vielleicht nur eine Verschlechterung des bisherigen Zustandes beschränkt werden. Allein, diese Besorgnis dünkt uns ganz unbegründet, da sich ja die beiden Kammern wiederholt und ganz unmißverständlich dahin ausgesprochen haben, daß an eine Einschränkung der achtstündigen Arbeitszeit nicht zu denken sei. Wenn nun auch die Annahme des Abkommens den belgischen Arbeitern wirtschaftlich weder im Guten noch im Bösen etwas bringt, so bedeutet sie aber für die Sache des Achtstundentages einen nicht unerheblichen Gewinn. Die große Errungenschaft, die Herzenssache der Arbeiter-schaft aller Länder, wird weiter gefestigt und den Regierungen, die sich mit mehr oder weniger faulen Ausreden um den Achtstundentag zu brüden versuchen, wird durch das belgische Vorgehen ein wichtiger Vorwand genommen.

Das trifft insonderheit auf unsere Reichsarbeitsminister zu. Was immer man gegen ihn einwendet, sein Esel bei der Suche nach Vorwänden gegen die Annahme des Washingtoner Abkommens wird allgemein anerkannt. Und es ist ihm darin auch ein gewisser Erfolg nicht verlagert geblieben: der Glaube an seine Gründe für die Nichtannahme des Abkommens ist völlig zerstäubt. Kürzlich, in seiner Schrift über die Notwendigkeit des Unternehmerrhythmus Herr Dr. Weisinger, erklärte der Herr Reichsarbeitsminister: „Frankreich allein hat ratifiziert, aber nur unter der Bedingung, daß auch Deutschland ratifiziert. Da es in Frankreich bekannt ist, daß Deutschland nicht ratifizieren kann, wenn nicht wenigstens auch England und Belgien gleichzeitig ratifizieren, so schießt die französische Bedingung unausgesprochen auch die Ratifizierung durch England und Belgien ein.“ War dieser Gedanke nicht so verflucht geblieben, man könnte ihm. Warum Deutschland nicht ohne Belgien und England ratifizieren können soll, ist Geheimnis des Herrn Ministers. In Belgien wie in England ist der Achtstundentag und eine noch kürzere Arbeitszeit ja längst viel allgemeiner als in Deutschland, so daß in beiden Ländern das Washingtoner Abkommen wenig ändern würde. Aber ganz abgesehen davon, die deutsche Wirtschaft, geschwächt durch Krieg und Damesplan, als auch durch die Rückständigkeit ihrer sogenannten Führer, braucht den gesetzlichen Achtstundentag unbedingt und dringender als einer der Siegerstaaten, um endlich einmal den störenden Streit und die wirtschaftsschädigenden Konflikte zu beseitigen und um die so bitter notwendige Steigerung und Erhaltung der Arbeitskraft zu sichern.

Die deutsche Wirtschaft braucht um ihres Aufschwunges willen, wie jedermann zugibt, großzügige und sozial einsichtige Führer, sie braucht aber ebenso dringend einen weitsichtigen und sozial einsichtigen Arbeitsminister, der über das Gezerse einer unheilbar verbohrtten Profitgenossenschaft hinweg zu einer volkswirtschaftlich großen Tat kommt. Ein Arbeitsminister, der über den Mut zur Tat verfügt, würde sich um die deutsche Wirtschaft höchst verdient machen. In kurzer Zeit würden die von Kurzsichtigkeit oder von der Angst vor dem Neuen gebornen Einwände gegen den Achtstundentag vergessen sein und dessen Gegner auf einen Kreis spätgeborener Hinterwäldler zusammenschrumpfen. Den meisten deutschen Unternehmern, wenn sie nicht jeder Einsicht bar sind, würde es wohl so gehen wie ihren nordamerikanischen Standesgenossen, die trotz ihrer rückständigen Standpunkt in Sachen des Achtstundentages aufgegeben zu haben. In dem Protokoll der Eight Industrial New York State Conference und natürlich noch an anderen Stellen ist nachzulesen, wie amerikanische Unternehmer über die verkürzte Arbeitszeit denken, als auch wie man in der Papierindustrie, nachdem sie von der Gewerkschaft gezwungen worden war, von der 72stündigen zur 48stündigen Arbeitswoche überzugehen, die erstaunliche Entdeckung machte, daß sich unter der kürzeren Arbeitszeit ohne jede technische Verbesserung die Produktion verdoppelt hatte und daß sie, die Papierindustriellen, daraufhin beschloßen, zur 40stündigen Arbeitswoche überzugehen, um den Produktionsertrag noch weiter zu steigern. Auch in Sachen der Arbeitsbereitschaft ist da nützliche Auskunft zu finden.

Noch das nur nebenbei. Der Herr Reichsarbeitsminister hat noch nicht klar gesagt, warum Deutschland erst nach England und Belgien das Washingtoner Abkommen annehmen kann. Auf die Gründe kann man süßlich gespannt sein. Das ohnehin federleichte Gewicht seiner Vorwände wird durch das Vorgehen Belgiens noch mehr verringert. Er wird nun wohl auf die Suche nach einem Gewichtsausgleich zu gehen haben. Sollte er erneut auf die von Frankreich gemachte Bedingung hinweisen, so müßte gesagt werden, daß ihr wenig Stichhaltigkeit innewohnt. Gewiß wurde zu Paris das Washingtoner Abkommen einstimmig zwar, aber doch unter der Voraussetzung angenommen, daß Deutschland das gleiche tue. Diese Voraussetzung ist jedoch nur zu dem Zwecke gemacht, der deutschen Arbeiterorganisation einen ge-

wichtigen Grund mehr für ihr Streben nach Erfüllung des Abkommens zu geben.

Es ist klar, daß, wenn das kleine und wirtschaftlich nicht gerade starke Belgien die Herzenssache der internationalen Arbeiter-schaft und jedes einsichtigen Menschen zu der seinen macht, sein Ruf in der Welt mächtig gefördert wird. Man sollte meinen, eine Verbesserung seines Rufes in der Welt hätte Deutschland ebenso nötig, wie seine Wirtschaft und Arbeitskraft den achtstündigen Arbeitstag. Aber es scheint, daß es in der Republik im großen ganzen noch so ist, wie im Obrigkeitstaat: Immer, wenn es sich um den sozialen Fortschritt, um die Volkstheilheit, um die Menschlichkeit handelt, ist die deutsche Regierung nicht dabei. Einst wie jetzt werden von dem Reichsschulzenkollegium und seinen nachgeordneten Stellen leichte Vorwände für die Erhaltung einer längst überlebten Unkultur vorgebracht. Was ein amtliches Chinesentum anzurichten vermag, haben wir ja von 1914 bis 1918 zu unsern Schreden erfahren. Wir, die Gewerkschaften, haben keine Reigung, den Ruf des deutschen Namens und die Wohlfahrt der Arbeiterklasse noch weiter von einem Chinesentum schädigen zu lassen. Der Kampf um den gesetzlichen Achtstundentag muß nachdrücklicher denn je fortgeführt werden. Das belgische Beispiel gibt diesem Vorgehen erhöhte Berechtigung und neuen Anstoß.

Eine merkwürdige Geschichte

Man erinnert sich, daß seit dem Frühjahr dieses Jahres die Öffentlichkeit bestürmt wurde mit Klagen über die Notlage des Kohlenbergbaus an der Ruhr, und daß die Notlage für die Bergleute in der Tat eine sehr greifbare Gestalt angenommen hat: weil es an Absatz mangelte, wurden Zeichen stillgelegt, Zehntausende von Bergarbeitern entlassen und den übrigen durch Festschneiden der Lohn arg gekürzt. Die Klagen begannen im Februar dieses Jahres und setzten sich mit unermindelter Heftigkeit Monat für Monat bis zum September fort. Die Bergkapitalisten bestärkten die Regierung um eine Beihilfe von 200 Millionen Mark, weil Kohlenmassen in an-nähernd diesem Werte — etwa 10 Millionen Tonnen — unverkäuflich auf den Halben lagerten. Ganz so viel haben sie ja nicht erreicht, aber 15 Millionen Mark sind ihnen immerhin gegeben worden. Dann wurde es allmählich stiller, obwohl selbst heute noch von Zeit zu Zeit in der Presse zu lesen ist, daß die Halbenbestände nur wenig abgenommen hätten. Das Ergebnis dieses Klagenfeldzugs ist, daß eine Reihe von Kohlenruben — darunter solche, die durchaus abbauwürdige Kohlen enthalten, wie z. B. die Frankfurter Zeitung am 18. Juli zu melden mußte — stillgelegt und zum Teil sogar zum Ertrinken gebracht worden sind, und daß die Zahl der Bergarbeiter im Ruhrbezirk, die im Januar 1923 noch 560 000 Mann, im Januar 1925 immerhin noch 472 000 Mann betrug, jetzt auf knapp 400 000 Mann verringert ist. Mit anderen Worten: in der kurzen Spanne Zeit von 9 Monaten sind 72 000 Bergarbeiter brotlos gemacht, dem Hunger überliefert worden.

Das ist aber auch alles. Von sonstigen Folgen einer so großen und fürchterlichen Absatzkrise, wie man sie uns im Frühjahr und Sommer geschildert hat, ist wenig zu merken. Jedenfalls nicht das, was man vor allen Dingen erwarten sollte.

Schon vor Monaten ist in diesen Spalten (Nr. 34 vom 22. August) auf die eigentümliche Tatsache aufmerksam gemacht worden, daß die Kohlenkapitalisten, die wegen ihres Absatzmangels so eifrig die Ertränndrüsen der Mittwelt zu rühren mußten, im Traume nicht daran dachten, die Preise entsprechend zu senken! Im Gegenteil, mitten in ihrem tollsten Jammer haben sie, trotz aller „ehernen Gesetze“ von Angebot und Nachfrage, zum 1. September die Kohlen noch verteuert. Nachdem nun wieder einige Wochen vergangen sind und neuere Berichte vorliegen, enthüllt sich eine andere, vielleicht noch merkwürdigere Geschichte.

Januar 1925	8,7 Mill. Tonnen	Juni 1925	7,6 Mill. Tonnen
Februar 1925	8,1	Juli 1925	8,5
März 1925	8,7	August 1925	8,6
April 1925	7,8	September 1925	8,4
Mai 1925	8,1		

Man sollte meinen, wenn der Absatz dermaßen starr, wenn so viele Ruben außer Betrieb gesetzt, so viele Bergleute entlassen, so viele Feiertage eingelegt werden, dann müßte die Produktion auch erheblich vermindert worden sein. Davon ist aber gar keine Rede. An Steinkohlen wurden im Ruhrbezirk gefördert:

Aber die Arbeiterzahl ist nicht fest geblieben. Die Gesamtbelegschaft des Ruhrbergbaus betrug von Monat zu Monat:

Januar	.. rund 472 000 Mann	Juni	.. rund 486 000 Mann
Februar	.. 473 000	Juli	.. 428 000
März	.. 472 000	August	.. 408 000
April	.. 482 000	September	.. 400 000
Mai	.. 450 000		

In denselben Monaten von Juni an, wo die Förderung wieder zunahm und schnell ihre alte Höhe erreichte, wurde die Zahl der Arbeiter unentwegt vermindert. Das bedeutet, daß im September eine viel kleinere Arbeiterzahl (36 000 Mann weniger) ein viel größerer Berg schafften mußte (800 000 Tonnen mehr) als die größere Belegschaft im Juni. Und lassen wir die ganze Entwicklung seit Januar d. J. zusammen, so kommt heraus, daß die Produktion dieselbe geblieben ist und nur von bedeutend weniger Arbeitern gemacht werden muß.

Das drängt zu dem Verdacht, als sei das ganze Geschrei über Absatznot nur ein Vorwand gewesen zur massenhaften Entlassung von Bergleuten, um durch Ersparung ihrer Löhne und um so schärfere Ausbeutung der übrigen den Profit zu steigern, vielleicht auch noch nebenbei etwas Staatsunterstützung zu schluden.

Siemens-Schuckert in Irland

Macht sich dort scheußlich beliebt

Die Siemens-Schuckertwerke führen am Shannon (= Fluss) in Irland eine große elektrische Anlage aus. Über die Art, wie sich diese deutsche Firma im Lande ihrer Auftraggeber aufführt, gingen vor etwa zwei Wochen allerhand Berichte durch englische und deutsche Blätter. Es war darin zu lesen, daß sich die Siemens-Schuckertwerke schon bald nach ihrem Eintreffen so scheußlich beliebt gemacht hätten, daß sie unter militärischem Schutz arbeiten lassen müßten. Wir machen von diesen Meldungen keinen Gebrauch, weil wir sie für unwahr oder doch stark übertrieben halten; denn es schien uns einfach für unsahbar, daß eine Firma, die das im auftraggebenden Auslande alles vermeiden muß, was ihr Geschäft und ihren Ruf schädigt, sich dermaßen, sagen wir milde, unklar aufstellt, daß sich breite Schichten des fremden Landes gegen sie empören. Leider aber scheint das, was wir für unsahbar halten zu müssen glauben, im großen ganzen aber doch wahr zu sein, wie ein Schreiben beweist, das uns unterm 7. Oktober vom Sekretär der irischen Arbeiterpartei und dem Gewerkschaftsleiter aus Dublin zugeht. Wir lassen das Schreiben in getreuer Übersetzung und unter Fortlassung einiger hier unwesentlicher Stellen folgen. Es lautet:

Ein erster Zustand, der schon eine Anzahl deutscher Arbeiter, die Mitglieder Ihrer Organisation sein können, in Mitleidenschaft gezogen hat, hat sich ergeben in Verbindung mit der Ausführung eines Kontrattes der Regierung des irischen Freistaates durch die deutsche Firma Siemens-Schuckertwerke und der mit diesen verbundenen Siemens-Bauwerken für die Elektrifizierung des Shannonflusses.

Die Unternehmerfirma hat einen Wochenlohn von 32 Schilling angesezt, aber mit Verdächtigung und Erleichterungen in der Kamme bei Arbeiten außerhalb der Stadt Limerick. In Unbetracht des höchsten Preisaufschlags ist dies kein auskömmlicher Lohn, besonders nicht für Leute, die getrennt von ihrer Familie zu leben haben. In der Stadt Limerick hat die (deutsche) Unternehmerfirma einen Stundenlohn von 1 Schilling bei 50 Arbeitsstunden die Woche angesetzt, was unter dem Gewerkschaftslohn ist. Die Gewerkschaften, die im Verein mit der Nationalen Exekutive (Gewerkschaftsvorstand) handeln, haben diesen Vorschlag boykottiert, der sich bis jetzt auf vorbereitende Bauarbeit in und in der Nähe der Stadt Limerick beschränkt und nur einige Leute beschäftigt. Einige dieser Leute, ehemalige Angehörige der irischen Armee, nahmen anfänglich Arbeit als Tagelöhner in der Stadt Limerick an, haben aber dann alle bis auf zwölf Mann die Arbeit aufgegeben. Was jetzt noch an Arbeit verrichtet wird, geschieht durch deutsche Arbeiter. Die Schauerleute haben sich geweigert, die Schiffe zu entladen, die Material von Deutschland bringen, aber ein Schiff ist gegenwärtig entladen worden von deutschen Arbeitern (wie man annimmt Handwerker) unter militärischem Schutz. Nach unserer Beobachtung ist das Ausladen und Fortschaffen von Material vom Schiff Arbeit der Schauerleute und der Transportarbeiter, und sie würde von irischen Handwerkern nicht verrichtet werden.

Wir haben nichts gegen Unternehmer einzuwenden, nur weil sie Deutsche sind, und natürlich auch keinerlei Einwendung gegen deutsche Arbeiter, von denen eine Anzahl hierher gebracht werden muß auf Grund der Tatsache, daß die Arbeit von einer Art ist, die ungewöhnlich in unserem Lande ist. Die Nationale Exekutive (Gewerkschaftsvorstand) hat ein Manifest erlassen, worin erklärt wird, daß keinerlei Feindschaft gegen irgendeinen Deutschen besteht, und sie hat jeden Versuch von Gewalttätigkeit verurteilt. Ihre Bemühung wurde von den Beamten der Ortgruppen unterstützt. Aber ich bedaure, sagen zu müssen, daß in Limerick die Mißstimmung sehr stark ist und daß es schwer werden kann, alle Arbeiter unter Kontrolle zu halten, von denen viele ehemalige Soldaten sind, die eine sehr lange Zeit außer Arbeit sind. Es hat schon einen Angriff auf einige deutsche Arbeiter gegeben, und die getrennten Zeitungen berichten, daß vier Angehörige des deutschen Bureaus angegriffen sind, wie es scheint, ziemlich ernstlich verwundet wurden. Wenn die deutschen Arbeiter fortfahren, Arbeiten zu verrichten, die auf Streikarbeit hinausläuft, dann werden die Feindseligkeiten zunehmen.

Wenn wir recht verstehen, sind einige der deutschen Arbeiter bezüglich der Lebenskosten in Limerick getäuscht worden und daß sie es schwer finden, für den Lohnsatz Logis und Pension so, wie sie erwarteten, zu finden. Bis jetzt haben die deutschen Arbeiter keine Verbindung mit uns hergestellt und wir wissen nicht, ob sie Mitglieder einer Gewerkschaft sind oder ob die Gewerkschaften Abmachungen getroffen haben, um ihre Belange während des Aufenthalts in Irland zu schützen.

Aus diesem ruhig und maßvoll gehaltenen Schreiben geht also hervor, daß die Siemens-Schuckertwerke die Ausführung des großen Auftrages des irischen Staates damit begonnen haben, den ortsüblichen Lohn nicht zu zahlen, einen Boykott hervorzurufen, deutsche Arbeiter zur Verrichtung von Streikarbeit anzuhalten, dadurch Schändereien zwischen einheimischen und mitgebrachten Arbeitern

Der sowjetrussische Metallarbeiterverband

Sind die russischen Gewerkschaften Arbeitergewerkschaften in unserem Sinne oder sind es Einrichtungen der Sowjetgewalt? Diese Frage läßt sich jetzt. Die sogenannten „Arbeiterdelegierten“ haben bei ihrer vielgerühmten Studienfahrt durch Rußland allerlei gedruckte Sachen drüben in die Hände gedrückt bekommen, da sie aber der russischen Schrift und Sprache nicht mächtig waren, trugen sie die mit russischen Schriftzeichen und Zahlengruppen gefüllten Blätter als äußere, sichtbare Zeichen nach Hause und — berichteten, was ihnen von den Kommunisten vorgelesen war.

Unser Verbandskollege Schüler-Weitmar, der auf Kosten seiner Betriebskollegen mit in Rußland war, es aber ablehnte, nach dem sein deutsches Geld nach vier Wochen aufgebraucht war, sich für russisches Geld herumzuführen zu lassen, kam auf den Gedanken, die russischen Druckfächer unserm Verbandsvorstand zur Durchsicht einzusenden. Die Durchsicht ergab sonderbare Dinge. Die Mehrzahl der Druckfächer waren Warenkataloge, Bauprojekte und Kaufanpreisungen, einige Verhüllungsblätter — sogar eine Anleitung, wie man Stahl härtet, war dabei — bildeten den volkswirtschaftlichen Teil. Das für uns Wichtigste war eine Schrift: „Der russische Metallarbeiter-Verband in Zahlen“, der mir folgende Zahlen und Angaben entnimmt:

Der Bericht drückt den Stand vom 1. Quartal 1925 aus. Danach hat der russische Metallarbeiterverband eine Mitgliederzahl von 552 900. Die Zahl der in der Metallindustrie Beschäftigten wird mit 584 800 angegeben. Von den 552 900 Verbandsmitgliedern stehen 520 800 in Arbeit und so gibt es 62 300 (9 vH) erwerbslose Verbandsmitglieder. In der Metallindustrie sind 64 200 unorganisierte beschäftigt, da die Zahl der unorganisierten Erwerbslosen nicht genannt wird, ist der Umfang der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie nicht festzustellen. Da der russische Metallarbeiterverband nach dem Industrieprinzip aufgebaut ist, hat er auch die Fabrikbeamten und Angestellten in seinen Reihen. Der Hundertteil der im Verband organisierten Angestellten beträgt 14 v. H., das sind 82 000 Mitglieder. Frauen sind 59 000 und Jugendliche rund 30 000 im Verband. Von den 59 000 Frauen sind 15 000 (26 vH) arbeitslos, während unter den Jugendlichen 1200 Arbeitslose gezählt werden.

Der Verdienst eines Metallarbeiters wird als durchschnittlicher Tagesverdienst mit 1,91 Rubel (Tschermonegwährung) angegeben. Der Tschermonegwert wird nicht mehr notiert, kann also nach unserem Geldwert nicht gemessen werden. Ein Vergleich ist nur mit der russischen Vorkriegswährung möglich und das ist ein Rubel gleich 2,10 M. Danach würde ein guter Metallarbeiter rund 4 M am Tage verdienen, das wäre ein monatlicher Verdienst von 48 Rubel gleich 100 M. Der Marktvergleich zum Vorkriegszeit ist das Wichtigste, was angenommen werden kann. Die Statistik zeigt den Verdienst nach in Realrubel (1,91 Tschermonegwert gleich 1,18 Realrubel). Nach den Berichten der Arbeiterdelegierten gibt es in Rußland Höchstverdiener, die bis 190 Rubel im Monat verdienen. Der Bericht weist aber aus, daß der Monatsverdienst eines Arbeiters im Durchschnitt der gesamten Metallindustrie 40 Tschermonegw. oder 24 Realrubel beträgt. Den Verdienst der ungelohnten Arbeiter kann man dann ungefähr ermaßen, die Statistik befreit ihn auf 29 Tschermonegw. Die Statistik verzeichnet Klasse I des Großhändler mit einem Monatslohn von 11,64 Tschermonegw. oder 7,21 Realrubel. Da diese Löhne in den entferntesten Winkeln des russischen Reiches gelten, wollen wir sie bei unserer Betrachtung nicht mit in Rechnung stellen, denn der Durchschnitt würde sonst noch eine gewaltige Senkung erfahren. Einige der Rußlandreisenden haben auch diese ungeheure Verdienstspanne zwischen gelernten und ungelohnten Arbeitern zugegeben.

Der monatliche Verbandsbeitrag beträgt 90 Kopelen (Tschermonegwährung). Die Statistik hebt aber hervor, daß 10 vH der Beiträge im Rückstand sind. Das ist bei den russischen Verbandsmitgliedern nicht verwunderlich, denn der Verbandsbeitrag beträgt bei gelernten Arbeitern nur Verdienst von vier Arbeitstagen und bei ungelohnten den Verdienst von sieben Stunden. Durchschnittlich hat also ein russischer Arbeiter den Betrag von 5 1/2 Arbeitstagen an Verbandsbeitrag zu entrichten. (Im Deutschen Metallarbeiter-Verband beträgt der Beitrag durchschnittlich einen Stundenverdienst.) Das ist aber noch nicht alles. Dem russischen Arbeiter werden sonstige Sonderbeiträge abgefordert. Bald ist ein Rubel für die „rote Armee“, bald fünf Rubel für eine „rote Luftflotte“, bald ein Agitations- oder auch ein Hungerbeitrag in der unterschiedlichsten Höhe zu entrichten. Wo das Geld herkommt, erfahren die Arbeiter nicht.

Was leistet nun der russische Metallarbeiterverband für die Immerschon sehr bedeutenden Beiträge? Ausgaben für Streiks gibt es nicht. Gestreikt darf nicht werden. Die russischen Gewerkschaften sind zur Unterdrückung von Streiks da. Die Statistik enthält auch keine Ausgaben für Streiks. Damit soll nun nicht gesagt sein, daß in Rußland die Arbeitsbedingungen so glänzend sind, im Gegenteil, es gibt sehr viel Unzufriedenheit, die in der Statistik unter der Bezeichnung Konflikte zusammengefaßt sind. Ein erheblicher Teil von Verbandsarbeit wird auf die Beilegung der Konflikte verwendet. Laut Statistik ist in 90 von 100 Fällen volle Einigung erzielt worden. Den Arbeitern wurde also die Notwendigkeit klar gemacht, unter den diktierten Arbeitsbedingungen zur höheren Ehre des Vaterlandes zu arbeiten. Die restlichen 10 vH der Fälle und die größere Massen umfassenden Bewegungen werden von den höheren Instanzen geregelt. Wie sie geregelt wurden, das allerdings gibt der Bericht nicht an. Jedenfalls so, wie es an einer anderen Stelle des Berichtes heißt, „es traten veränderte Arbeitsbedingungen auf“, und die selben dann so aus, daß die unzufriedenen Arbeiter zur Entlassung kommen. In vielen Fällen werden die unliebsamen Dränger nach besserer Entlohnung aus den Reihen der Verbandsmitgliedschaft gestrichen und bei Neueinstellungen gilt dann das Verlangen des Verbandes. „Mitgliedern sind zugunsten der organisierten Arbeiter bei der Arbeitsnachweisung vorzuziehen.“ Wer wundert sich dann noch, daß die russischen Metallarbeiter so „sehr zufrieden“ mit ihren Arbeitsverhältnissen sind?

beim Atomabbau sollen Kräfte von unübersehbarer Wert gewonnen werden. Das Ziel der Forscher ist: den Kräftestrom, der sich beim Abbau der Atome ergibt, zu fassen und auszuwerten.

Neben diesen großen und immer wohl noch etwas entfernteren Zielen sind auch handgreiflichere zu verfolgen. Da wäre zum Beispiel eine verbesserte Art der Stahlgewinnung zu nennen, die von dem kürzlich verstorbenen Diplomingenieur A. Jozas herausgearbeitet wurde. Jozas, der Direktor einer Eisenhütte und Maschinenbauanstalt war, faßte die Grundpatente von einem Erfinder an und baute sie aus. Die Sache soll schon eine Weile so sein, daß der neue Stahl um 40 vH leichter ist (bei derselben Festigkeit) und um 30 vH sollen die daraus hergestellten Gegenstände billiger sein. Um sich dieser Stahl teurer als anderer, aber da die daraus hergestellten Fertigerzeugnisse leichter gehalten werden können, ergibt sich die genannte Verbesserung. Dazu kommt, daß zum Beispiel ein Wagen, der leichter ist, weniger Kraft zur Führung braucht.

Aluminium wurde bisher aus verschiedenen Stoffen hergestellt (Bauxit, Graphitkroden, Kholit u. a.). Ein Norweger Chemieprofessor macht Aluminium aus einfachen Feldsteinen. Er hat sich ein Patent darauf geben lassen und eine Fabrik errichtet, in der nach seinem Verfahren Aluminium hergestellt wird.

Luft und Wasser werden immer mehr und erfolgreicher in Kräfte umgeformt. Aus dem Heliener-Rotor soll ein Ring-Rotor hervorgegangen sein, der keiner Rückkraft mehr bedarf und triebkräftiger sein soll. Bis jetzt wurde Wasser nur zu Kraft umgeformt, wenn es ein bestimmtes Gefälle hat. Durch eine neue Erfindung soll auch ruhiger dahinfließendes Wasser aufgefangen und ausgenutzt werden. Von dem Wiener Ingenieur Edward Guck wird berichtet, er habe eine Turbine gebaut, die so Wasser in Kraft verwandelt.

Veratige Erfindungen ragen immer herv. Wie viel aber im kleineren gefaßt wird, das entgeht der Einsicht und dem Gedächtnis. Eine amerikanische Statistik belehrt uns, daß allein im Werkzeugmaschinenbau in einem Jahr über 500 Verbesserungen geschaffen worden seien.

Der russische Metallarbeiterverband hat aber ganz andere Sorgen. Er muß die Arbeitsleistungen seiner Mitglieder in den Betrieben überwachen. Die Statistik sagt darüber: In den Hauptbetrieben der Metallindustrie hat ein Metallarbeiter durchschnittlich für 108 vorkriegsruhel Arbeit geleistet. Zur Berechnung seien die zum Verkauf gekommenen Arbeitsprodukte herangezogen worden. Durch diese Berechnung sei ermittelt, daß 70 vH der Vorkriegsleistung erreicht sei, und demzufolge sei die Bezahlung auf 60 vH der Vorkriegsbezahlung gesunken. Man denke den Gedanken läßt zu Ende: Prolet, du hast hundertprozentig, dann verdient du neunzigprozentig!

Die finanziellen Leistungen des russischen Verbandes erstrecken sich laut Statistik nur auf Zahlung der Erwerbslosenunterstützung. Die russischen Verbände bringen die Beträge der Sozialversicherung mit zur Auszahlung. Die durchschnittliche Erwerbslosenunterstützung im Verband beträgt monatlich 4,87 Tschermonegw. Rubel, dazu kommt die Leistung der Sozialversicherung, die monatlich 6,80 Rubel beträgt. Der Erwerbslose hat dann im Monat 11,60 Rubel oder 24 M zu verzeichnen.

Die gesamten Verbandsmaßnahmen schelen also vollständig für Verwaltung und Agitation drauzugehen. Der Verbandsapparat ist bei den Russen sehr umfangreich. In der Statistik geben sie selbst an, daß im Verband 1144 Angestellte beschäftigt werden, dazu kommen noch 88 besolbete Mitglieder des Zentralkomitees mit ihren 42 angestellten Bürokraten, so daß 1274 Personen aus der Verbandsklasse besolbete werden. Bei 580 000 Mitgliedern kommen also auf je 2000 Verbandsmitglieder 5 Angestellte. Das ist aber noch lange nicht alles. Die Statistik gibt eine Gesamtübersicht über den Verbandsapparat, danach beschäftigt der Verband insgesamt 3467 besolbete Angestellte, von diesen befehligt der Verband 1274 Personen und der Rest von 2183 Angestellten wird von sogenannten „Wirtschaftsorganen“ befehligt. Zum Vergleich folgende Zahlen:

Russischer Metallarbeiter-Verband	Deutscher	Rußland	im Jahre 1920	1800000	1900
				1925	900000

Daß der russische Verbandsapparat viel zu kostspielig ist, bedarf keinerlei Betonung, immerhin verdient die Tatsache Beachtung, daß die Wirtschaftsorgane, worunter die russische Regierung zu verstehen ist, zwei Drittel der Verbandsangestellten befehligt. Unter solchen Umständen von Arbeitergewerkschaften sprechen, ist wohl nicht angängig. Auch der Hinweis auf die russische Arbeiterregierung ist nicht berechtigt, zumal in der jetzigen Zeit, in der sich die „Repo“ (Neue Ökonomische Politik) in der Richtung des Kapitalismus entwickelt. Die russischen Gewerkschaften sind staatsbehördliche Organe und müssen auch als solche in der Arbeiterinternationalen gemeldet werden. Diese Klarheit verdanken wir der deutschen Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland.

Arbeitslosigkeit im Ausland

Soweit Berichte vorliegen, sprechen sie durchweg von einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Am günstigsten scheinen die Dinge noch in jenen Ländern zu liegen, die mit einer ausgeprägten Inflation zu rechnen haben. So beträgt in Frankreich die Zahl der Arbeitslosen Ende August 9163. Die Zahl umfaßt die nicht untergebrachten Stellenbewerber bei den Arbeitsnachweiser. Die Zahl der untergebrachten Erwerbslosen ist ganz gering und betrug am 27. August 1925 nur 581. Im Monat August ist überhaupt eine Abnahme in der Zahl der Arbeitslosen festzustellen, da für den Monat Juli die Zahl der Arbeitslosen mit 10 548 angegeben worden ist. Ähnlich liegen die Dinge in Italien. Die Zahl der gänglichen Arbeitslosen stieg sich im Juli 1925 auf 79 526 gegenüber 85 532 im Monat Juni. Auch Schweden kann bis zum Monat Juli 1925 eine günstige Entwicklung buchen. Der Satz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder stieg nämlich auf 7,5 im Monat Juli gegenüber 8,2 im Monat Juni. Für Dänemark ist dagegen für den Monat August eine Steigerung der Arbeitslosen festgestellt, und zwar beträgt der Satz für den genannten Monat 9,2 gegenüber 8,3 im Monat Juli. Eine kleine Verstärkung muß auch die Schweiz melden. Für den Monat August werden 9836 Arbeitslose festgestellt gegenüber 9761 im Vormonat. In Polen steigerte sich die Zahl der Arbeitslosen von 174 977 im Monat Juli auf 184 810 im Monat August und in Holland von 15 140 im Monat Juni auf 22 689 im Monat August. Besonders Interesse verdient die Entwicklung in Großbritannien. Für den Monat Januar 1925 wurden 1 319 628 = 11,6 vH Arbeitslose festgestellt. Im Juni steigerte sich die Zahl auf 1 406 155. Sie sank im Monat Juli auf 1 328 910, um im Monat August auf 1 444 628 anzusteigen. Darunter befinden sich 299 870 Frauen. Nach den Feststellungen der Gewerkschaften sind 11,4 vH sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos gegenüber 9 vH im Januar 1925.

Lohnstarif der Chicagoer Maschinenbauer

Aus dem Lohnvertrag, den die Ortsgruppen des amerikanischen Maschinenbauer-Verbandes im 8. Bezirk (Chicago und Umgebung) mit den Maschinenindustriellen bis zum 1. Mai 1926 abgeschlossen haben, überlegen wir die wichtigeren Stellen:

Die Arbeiter werden von der Gewerkschaft befreit. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Tagelöhner 44, für Nachtschicht 40 Stunden. Der Wochenlohn ist für beide Schichten der gleiche. Für Überstunden, Sonntags- und Feiertagsarbeit wird der doppelte Lohn gezahlt. Der Mindestlohn für die Tagelöhner beträgt die Stunde:

Maschinenhelfer	Dollar	Spezialisten (Angelernte)	Dollar
Werkzeugmacher	0,95	Tagelöhner	0,88
Schraubenaufmacher	1,08	Automobilreparateure	1,—
Einrichter an den Automaten	1,08		

In der Landwirtschaft galt die Supine bisher besonders als Düngeartikel. Nun soll sie mehr als Futtermittel genutzt werden. Bedeutungsreicher aber ist die gewerbliche Verwendung. Nach einem neuen Verfahren soll sie ganz entgiftet werden können. Zur Düngung sollen die Wurzel ausreichen und die bei der Reife abfallenden Blätter. Das Unterpflügen der Stengel ist dadurch gar nicht nötig. Die Stengelreste werden jetzt als wertvolle Rohstoffe angesehen. Durch Verschwendung kann eine hochwertige Holzlosle daraus gewonnen werden, die Heizstoffe liefert. Daneben wird bei ihrer Verwertung Pech, Teer, brennbares Gas und Kohle herausgeholt. Durch bessere Verfahren soll sie sich auch zu besseren und brauchbareren Seppinken verarbeiten lassen.

Ab und zu tauchen auch Nachrichten auf, die über eine bessere Ausnutzung des Hanfes berichten. Der Hanf wurde bisher zur Herstellung grober Gewebe benutzt. Durch eine Erfindung soll es gelingen sein, die grobe und lange Hanffaser zu spalten und sie feiner und länger zu machen. Zudem soll der Hanf mechanisch geerntet werden können und so einen gewissen Vorprung vor der Baumwolle erhalten, die einen viel größeren Aufwand erfordert. Als ein anderer Vorteil wird angesehen, daß Hanf besonders gut auf Moorböden wächst. Da Deutschland etwa 2 Millionen Hektar Moorböden hat, ist eine umfangreiche Hanfpflanzung möglich. Aus dem Hanfsamen wird wertvolles Öl gewonnen. Wenn also ein großer Teil des Moorbodens mit Hanf angebaut wird, so können wir so viel Ölspeisefaltern Hacken, daß wir etwa nur noch die Hälfte Baumwolle importieren brauchen und etwa 300 000 Tonnen Öl binnen im Inland mehr hergestellt werden.

Ganz besonders ist darauf hinzuweisen, daß die deutsche Landwirtschaft noch viele Entfaltungsmöglichkeiten bietet. In der Viehzucht und dem Milchverkehr sind noch viele Verbesserungen möglich, ebenso in dem Körner- und Futtermittelverkehr. Nach einer neueren Schätzung könnte zum Beispiel durch eine bessere Strohnutzung der Ertrag der Weiden verdoppelt werden. Damit wäre es möglich, 4 Millionen Stück Großvieh mehr zu halten und es noch

An den Abenden, wo Werkstattversammlungen stattfinden, werden keine Überstunden gemacht. Bei Mangel an Aufträgen sind die Arbeitsstunden so zu kürzen, daß die gewöhnliche Beschäftigung behauptet werden kann. Die Lehrlinge haben nicht weniger als 8 Stunden die Woche die Fortbildungsschule zu besuchen. Sie dürfen durch den Schulbesuch keinen Lohnverlust erleiden. Sollte es irgendetwas vor kommen, daß eine Firma nicht alle Aufträge ausführen kann, so daß ein Übergang von Arbeit an andere Firmen notwendig wird, dann soll eine Firma den Vorzug erhalten, die mit dem Maschinenbauer-Verband einen Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es gilt als ausgemacht, daß Änderungen und Reparaturen, als auch Demontieren, Montieren und Aufstellen von Maschinen oder Teile davon nur von Mitgliedern des Maschinenbauer-Verbandes verrichtet wird. Hierfür sollen sie nicht weniger als 1,37 1/2 Dollar die Stunde erhalten nebst Straßenbahngeld und verheirateter Aufwandsentschädigung. Maschinenschlossern ist die Verwendung von Feisern an Außenarbeit nicht gestattet.

Mexiko

Der amerikanische Mitarbeiter des Londoner Daily Herald berichtet seinem Blatte, er habe anlässlich eines Besuches in Mexiko festgestellt, daß die mexikanischen Gewerkschaften in letzter Zeit gewaltig an Umfang zugenommen haben. Sie zählten noch vor einigen Jahren rund 400 000 Mitglieder, jetzt 1 250 000. An der Rundgebung in der Hauptstadt allein haben 92 Gewerkschaften mit über 100 000 Personen teilgenommen. Der Berichterstatter schreibt dann weiter:

„Der Gewerkschaftsbund wächst nicht nur schnell an Mitgliedern, sondern verrichtet auch praktisch sehr viel Gutes. Jede Empfehlung der Washingtoner Arbeitskonferenz ist hier praktisch verwirklicht worden — der Achtstundentag wird streng durchgeführt, der Schutz der Mutterschaft ist zur Tatsache geworden und die Schutzbestimmungen gegen Kinderarbeit sind verwirklicht. Aber das größte Problem, das zu verwirklichen dem Bunde noch bevorsteht, ist die Regelung der Arbeit der landwirtschaftlichen Arbeiter. Einige der großen „Haciendas“ (Güter) sind schon aufgelöst und viele „Ejidacos“ (Bauernstellen) sind daraus entstanden... Aber man ist noch weit davon entfernt, das Problem zu lösen, weil hauptsächlich zwei große Schwierigkeiten dem Unternehmen im Wege stehen. An erster Stelle findet die Aufstellung der großen Landgüter, die in Mexiko die Felsenshaft bei den fremden Regierungen, denn die meisten dieser Güter gehören den Ausländern und nicht wenige von ihnen den Engländern. Sobald nun die mexikanische Regierung an die Aufstellung eines solchen Gesetzes schreitet, legen die ausländischen Regierungen dieser Arbeit die größten Schwierigkeiten in den Weg, was dann und wann zu solchen Ereignissen führt, wie im Falle der Frau Evans.“ (Diese Engländerin empfing Beamte, die wegen der Landausweitung kamen, mit Revolvergeschüssen, so daß eine allgemeine Schießerei entstand, wobei die englische Gutsbesitzerin ihr Leben einbüßte. Schriftlich.)

Fred Bramley †

In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober ist in Amsterdam der Sekretär des Generalrats der englischen Gewerkschaften, Fred Bramley, einem Herzschlag erlegen. Er war nach Amsterdam zu einer gemeinsamen Sitzung der Gewerkschafts- und der sozialistischen Internationalen gekommen und hatte an den Beratungen teilgenommen. Die näheren Freunde merken hier, daß die Gesundheit Bramleys trotz der südamerikanischen Erholungsreise noch vieles zu wünschen übrig lasse. Als sie am Morgen des 11. Oktober nach ihm suchten, fanden sie ihn in dem Hotelzimmer als Toten wieder. Seine englischen Freunde bereiteten hierauf die Überführung des Leichnams nach England vor, wo er inmitten der Erde übergeben werden soll.

Bramley wurde 1874 in Peel als eines Schneiders Kind geboren. In Bradford lernte er die Möbelhändlererei, wo er sich bald in der Arbeiterbewegung betätigte. Er stand auf dem linken Flügel und war als Redner für gewerkschaftliche und sozialistische Versammlungen viel begehrt. Nachdem er eine Zeitlang Organisator des Möbelarbeiterverbandes gewesen war, wurde er (1923) zum Sekretär des Generalrates erwählt. Bramley war ein lustiger, witziger und hilfsbereiter Kamerad. Die Stunden, die wir bei verschiedenen Anlässen mit ihm verbrachten waren, sind uns in freundlicher Erinnerung geblieben. Wir beklagen mit unsern englischen Genossen den schweren Verlust. Auch in unserm Herzen hat sich Bramley durch seine prächtigen Eigenschaften einen dauernden Platz errungen.

Sie schreien Vaterland — und meinen Beute

In der St. Louiser Arbeiter-Zeitung lesen wir: Wenn irgend jemand darüber redet, für den Glauben oder die Flagge zu kämpfen oder einem Volke Freiheit und Zivilisation zu bringen, so kannst du sicher sein, daß diese Wölfer irgend etwas begehren, das der andere zu haben wünscht. Folgendes Geschichtchen zeigt das deutlicher:

„Ein kleiner Jüdenjunge prügelte sich einst mit ein paar Straßenjungen. Als sein Vater das Geräusch hörte, rief er: „Wid den Kampf auf, Jesh.“ „Ich kann nicht, Vater“, rief der kleine Jüde, „sie schimpfen mich „Chineje“. „Kümmere dich nicht um das Schimpfen, du wirst ein Mann, dich in die Schlägerei einzulassen!“ Die Jungs haben gesagt, ich sei ein Christenmörder.“ Ichrie Jesh, währenddem er weitere Liebe empfing. „Was geht es dich an, was die Jungs sagen“, rief der alte Aaron. „Aber, Vater, ich kann nicht weg, denn ich stech mit einem Fuß auf einem Groschen.“ „Am es darauf von Jesh geschwollenen Lippen.“

Dieser Groschen unter Jeshs Fuß war die Grundursache des Kampfes zwischen ihm und den anderen Jungs. Aus all die Enttäuschung über „Chineje“ und „Christenmörder“ war nichts anderes als der „ideologische“ Ausdruck für eine „materielle“ Sache.

Es ist dieselbe Geschichte mit den großen Jungs, die wir Erwachener „große Männer“ nennen. Wenn diese Leute reden über Kampfe für Gerechtigkeit, Ruhm, die Flagge, Gott, Vaterland — gib acht, ob du den Groschen unter dem Fuße sehen kannst. Du wirst es stets dort finden können.

besser als bisher zu ernähren. Durch Saatgutverbesserung und ausreichende Stickstoffdüngung sind viel höhere Ernteerträge als bisher zu erzielen. Die Einzelanlegemaschinen sollen es ermöglichen, daß weniger Saatgut gebraucht wird (10 bis 20 Pfund je Morgen) und die Ernte soll trotzdem das Doppelte an Ertrag und Korn liefern. Es ist ausgerechnet worden, daß durch diese Dünnjaat (die mit der Hand oder Maschinen beackert wird) allein an Saatgut 10 Millionen Zentner Brotkorn zu sparen seien. Sie reichen nach Schätzungen für 8 Millionen Menschen aus. Wichtiger ist allerdings die Vermehrung des Ernteertrags, der durch die anderen hier angebotenen Neuerungen geschaffen werden kann.

Wie für die Industrie, so ist auch für die Landwirtschaft das Schlagwort „Nationalisierung“ geprägt worden. Zur Nationalisierung gehören in der Landwirtschaft nicht nur spezialisierte, billiger und mehr Maschinen und Geräte, sondern vor allem auch die Durchdringung mit fortschrittlichem Geist auf allen Gebieten landwirtschaftlicher Betätigung. Eine bessere Ausbildung der jungen Landwirte, Belehrung der älteren ist nötig. Durch verschiedene Einrichtungen soll der Landwirten neuer Geist eingehaucht und sie zu kräftigerem Willen angespornt werden. Landwirtschaftliche Fachschulen, Hochschulen, Landwirtschaftskammern, landwirtschaftliche Verbände und Rastergüter arbeiten an der Verbesserung der Ernteerträge und der Viehzucht.

Was braucht keine Zeit. Von heute auf morgen lassen sich auch in der Industrie keine umfassenden Neuerungen durchführen. In der Landwirtschaft ist es vielleicht noch etwas schwieriger, neue Erkenntnisse an den Mann zu bringen und sie erfolgreich anzuwenden. Aber die Entwicklung drängt vorwärts, und es wird ein erheblicher Gewinn sein, wenn der Inlandsmarkt durch die größere Kaufkraft der Landwirtschaft gefördert wird. Der Bedarf an Maschinen und Geräten wird bei zunehmenden Ernteerträgen wachsen. Auch die Forderung der Viehzucht wird günstig auf die gesamte Volkswirtschaft einwirken. F. A. S.

Die Entschliebung des 12. Gewerkschafts-Kongresses

Zur Wirtschaftslage und Wirtschaftsdemokratie

Nachdem die Entschliebung den Stand der Wirtschaftslage wie die Nationalität des Unternehmertums gekennzeichnet hat, fährt sie fort: In dieser Lage sucht das Unternehmertum durch Schutzgölle, Kartelle und Kongerne für sich auf dem Inlandmarkt eine Monopolstellung zu schaffen, um die deutschen Preise über die Weltmarktpreise hinauszustreichen zu können. Andererseits strebt es zur Wiedererlangung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt hin, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten auf einen im Vergleich mit den Auslandsöhnen unerhöht niedrigen Stand festzulegen.

Der 12. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen diese Bestrebungen, die einen hohen Rangel an Einsicht und Verantwortungsgesühl bei den Unternehmern beweisen. Nicht niedrige Löhne und lange Arbeitszeit in Verbindung mit technischer Rückständigkeit, sondern hohe Löhne, kurze Arbeitszeit, rationelle Produktionsmethoden und Organisation der Wirtschaft geben Gewähr für den wirtschaftlichen Aufstieg und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt. Alle Versuche, den deutschen Markt von der Auslandskonkurrenz abzuschließen und die Löhne der deutschen Arbeiter auf ihren gegenwärtigen niedrigen Stand zu binden, sind durch entsprechende Gegenmaßnahmen zu bekämpfen.

Zur Erfüllung der Aufgaben, die den deutschen Gewerkschaften als der gegenwärtigen Wirtschaftslage erwachsen, erachtet der Kongress die tätige Mitwirkung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften für unerlässlich. Nur durch die Demokratisierung der Wirtschaft neben umfassender Rationalisierung der Arbeit durch betriebsorganisatorische und technische Maßnahmen kann die Lösung der wirtschaftlichen Probleme erfolgen.

Die Gewerkschaften haben seither schon durch die Erläuterung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft erfolgreich beschritten. Denn durch den Tarifvertrag ist der Absolutismus des Unternehmers im Betriebe gebrochen worden. Die Tarifverträge müssen durch den Kampf der Gewerkschaften in dieser Richtung weiter vervollkommen und verbessert werden.

Der Kongress ruft deshalb die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf, durch Stärkung der Gewerkschaften die Voraussetzung für die weitere Durchführung der Wirtschaftsdemokratie zu schaffen. Er verpflichtet die angeschlossenen Gewerkschaftsverbände, ihre zentralen, bezirkslichen und örtlichen Organe und alle Mitglieder zu intensiver wirtschafts- und sozialpolitischer Tätigkeit in allen in Betracht kommenden Körperlichkeiten des Reiches, der Länder und der Gemeinden; zu energischer Förderung der Arbeiterkongressen und der sonstigen gewerkschaftlichen Eigenproduktion sowie aller freien, der Kontrolle der organisierten Arbeiterschaft unterstehenden gemeinwirtschaftlich arbeitenden Gewerkschaften; zu planmäßiger Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Bildungsanstalten, deren Zweck die intellektuelle Vorbereitung der Arbeiterschaft für die kommende Wirtschaftsdemokratie ist.

Der Kongress fordert vom Reiche, von den Ländern und den Gemeinden:

1. Rolle Durchführung der Anerkennung der Gewerkschaften, die als Sachwalter der Arbeiterschaft innerhalb der Wirtschaft gleichberechtigt mit den Unternehmern an dem Wirtschaftsaufbau und der Wirtschaftspolitik entsprechend dem Wortlaut und Geist des Artikels 166 der Reichsverfassung zu beteiligen sind.
2. Schnellige Umgestaltung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu einem wirklichen und organisch aufgebauten Wirtschaftsparlament; Schnellige Errichtung von Bezirkswirtschaftsräten entsprechend dem Artikel 166 der Reichsverfassung.
3. Schnellige Errichtung paritätisch von Unternehmern und Arbeitern verwalteter Wirtschaftskammern für Industrie, Handel und Verkehr, Handwerk und Landwirtschaft.
4. Errichtung von Selbstverwaltungskörpern nach Artikel 166 der Reichsverfassung für alle Industriezweige mit zweckmäßiger Gliederung nach Bezirken und Branchen.
5. Einführung einer regelmäßig durchzuführenden Produktionskontrolle sowie wissenschaftlicher Untersuchungen der Wirtschaft und ihrer Zusammenhänge, insbesondere auch über die Ursachen der Wirtschaftskrisen. Die Gewerkschaften sind an diesen Aufgaben zu beteiligen.
6. Ermöglichung der Teilnahme von Arbeitern an höheren Ausbildungsstellen zum Zwecke der Vermittlung der Wirtschaftswissenschaft in Theorie und Praxis. Subventionierung der von den Gewerkschaften geschaffenen Ausbildungsstätten.
7. Erhaltung und Förderung der im Reich, in Ländern und Gemeinden befindlichen Wirtschaftsbetriebe; systematische Steigerung der Versorgung der Bevölkerung in wichtigen Bedarfsartikeln mit Hilfe solcher öffentlichen, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Betriebe.
8. Förderung und Unterstützung freier, auf dem Prinzip der Selbstverwaltung aufgebauter gemeinwirtschaftlich arbeitender Gewerkschaften.
9. Planmäßige Unterstützung der Konsumgenossenschaften, insbesondere durch Förderung konsumgenossenschaftlicher Eigenproduktion.
10. Eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften planmäßig durchgeführte Schulung und Unterweisung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Betriebe, besonders der Betriebsräte, über Organisation und Technik der einzelnen Betriebsabteilungen und über die Zusammenhänge der Abteilungen eines Betriebes untereinander, über den Zusammenhang der Betriebe in Konzerngebäuden und über die besonderen Aufgaben der einzelnen Betriebe im Rahmen des Konzerns, über etwa bestehende Verbindungen und Zusammenhänge des Konzerns mit anderen Konzerns und über deren Zweck und Nutzen, über Konventionen, Kartelle, Sympakate oder ähnliche Schritte, ihren Zweck und Inhalt und ihr Verbot.
11. Erweiterung des Arbeitsumfangs der Betriebsräte.

Indem der Kongress diese Forderungen erhebt, betont er ausdrücklich, daß die von der Regierung verpropierte geordnete Wirtschaftsentwicklung und die verheißene Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten an der Wirtschaftsführung eine grundsätzliche Umgestaltung der Wirtschaftspolitik voraussetzt, welche die in der kapitalistischen Konkurrenz in viele Einzelwirtschaften zerfallenen Wirtschaftskräfte einheitlich zusammenfaßt und damit eine Wirtschaftsführung in dem von den Gewerkschaften ersehnten Sinne überhaupt erst ermöglicht.

Der Kongress erhebt, daß die Forderung der deutschen Arbeiterschaft in allen Fragen der Wirtschaft bei den gewerkschaftlichen Organen liegen muß. Der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie der deutschen Gewerkschaften, dem die einheitliche Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeiterschaft obliegt, die gleichbedeutend sind mit den Interessen des großen Teiles des deutschen Volkes.

Der Kongress ruft die Arbeiterklasse auf zum Kampf um die Demokratisierung der Wirtschaft, die zur Gemeinwirtschaft geführt werden muß zur Verwirklichung der Aufgaben des demokratischen Staates und der demokratischen Gewerkschaften, zum Kampf um die Erringung notwendiger Einschnürungen auf die Sicherung und Ermöglichung im Zusammenhang mit der politischen Vertretung der deutschen Arbeiterschaft. Die politische und die wirtschaftliche Freiheit sind die Voraussetzung für die Erfüllung der historischen Aufgabe der Arbeiterschaft.

Empörung getäuschter Fabrikanten

Als die reaktionären Parteien, die Deutschnationalen, die Volkspartei und das christliche Zentrum den ebenso unheimlichen wie volkswirtschaftlich schädlichen Zollwucher verübten, wurden sie von Fertigungsfabrikanten eifrig unterstützt. Diese irdischen Zeitgenossen meinten, was ihren Standesgenossen von der Schwerindustrie und der Großgrundbesitzerhaft fromme, könne für sie unmöglich nachteilig sein, und wo sie Bedenken ausdrückten, wurden sie mit Feingehör und in Aussicht gestellten Vergütungen übermunden. Als wir uns gegen die Unfähigkeit der Schutzgölle wendeten, ließen uns Fertigungsfabrikanten mitteilen, daß wir um der Arbeiter willen, die mehr Verdienstegelegenheit brauchten, für erhöhte Zölle einzutreten müßten. Daß diese Meinung höchst einseitig war, stellt sich nun immer allgemeiner heraus. Die Klagen der Fertigungsfabrikanten über die Schädlichkeit der Schutzgölle mehren sich. Die Getäuschten oder Geblendeten gefallten sich eine sehr ranzige Sprache, was auf eine böse Stimmung schließen läßt. Von den ständig zunehmenden Schreien sei heute ein niedriger gegeben, das der Reichsdienst der deutschen Presse bringt. Es lautet:

Deutschnationale Volkspartei, Kreisverein Siegen, Siegen, 14. September 1926.

An den Parteivorstand zu Händen des Herrn Dr. Winkler, Berlin.

Wir bitten Sie, beiliegendes Schreiben an den Reichsminister weiterzuleiten und mit aller Entschiedenheit zu unterstützen. Zu gleicher Zeit machen wir darauf aufmerksam, daß die gesamte Fertigungsindustrie und weiterverarbeitende Industrie über die Schutzgölle, soweit sie bis jetzt eingeführt sind, empört ist. Sie steht darin eine Bevorzugung der Schwerindustrie auf Kosten der verarbeitenden Industrie, die sie niemals dulden kann. Die hiesigen Fabrikanten in der verarbeitenden Industrie, die zum größten Teil unserer Partei angehören oder nahe stehen, sind erstaunt über die Art und Weise, wie die deutschnationale Reichstagsfraktion hier gehandelt hat. Sie machen darauf aufmerksam, daß die verarbeitende Industrie zum größten Teil schon seit Jahren zur deutschnationalen Volkspartei gehört und ihr nahe steht, daß dagegen die Schwerindustrie erst in den letzten Jahren teilweise zur deutschnationalen Volkspartei abgewandert sei. Sie machen weiter darauf aufmerksam, daß, falls die Partei ihren Standpunkt gegenüber der verarbeitenden Industrie nicht ändert, sie nicht in der Lage sind, weiter die Partei zu unterstützen und zu wählen. Auch volkswirtschaftlich ist es von ungeheurer Bedeutung, die verarbeitende Industrie, die 70 bis 80 aller Industriearbeiter beschäftigt, zu unterstützen, denn wir müssen zur Durchführung einer aktiven Handelspolitik unter Hauptaugenmerk darauf richten, Edelzeugnisse auszuführen.

Da die Erregung in der verarbeitenden Industrie des hiesigen Bezirks sehr groß ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir möglichst bald eine Antwort zukommen ließen.

Mit demselben Gruß (Unterschrift)

Das Schreiben der deutschnationalen Fabrikanten tut somit kund und zu wissen, daß die gesamte Fertigungsindustrie des Siegener Bezirks über die Zollwucher empört, sie insgesamt sehr erregt ist und daß sie, wenn keine Änderung eintritt, nicht mehr in der Lage sei, die deutschnationale Partei zu wählen. Nachdem wir den Fabrikanten unser Beileid ob ihres argen Schicksals ausgesprochen haben, möchten wir ihnen anheimstellen, zu bedenken, ob sie nicht selbst an ihrem Dalles schuld sind. Mit etwas mehr politischem Verstand und weniger Zentrumsseitigkeit den Deutschnationalen, Volksparteilern und Zentrumsschriftlichen Zollwuchern gegenüber wäre ihnen das Unheil erspart geblieben. Für ihre Kurzsichtigkeit müssen nun sie selbst und die Arbeiter büßen. Ob ihre Erkenntnis aber bis zur nächsten Wahl anhält und sie den Mattenfüßler der Zollwucherer die Gefolgschaft kündigen werden? Wer das glaubt, der kennt unsere Fertigungsfabrikanten eben nicht.

Eine Anregung

Einen Artikel „Proletarische Kultur“ von Friedrich Wendel im Oktoberheft der „Völkischen Monatshefte“ entnehmen wir folgende beachtliche Ausführungen:

„Eine Überlegenheit des geistigen Nüchterns der Arbeiterklasse ist nicht möglich — muß man ins Abseigen — ohne positives Wissen. Was nun aber die Anregung positiver Kenntnisse angeht, so kommt viel darauf an, zu erkennen, daß aus den heutigen Zeitumständen sich bestimmte neue Aufgaben technischer und organisatorischer Natur ergeben. Die Klassen sind heute von dem Empfinden beherrscht, daß sie auf Wäcker der gleichen Anspruch haben wie auf Mittel des körperlichen Daseins. Man lasse es nicht bei diesem bloßen Empfinden, man erkenne, daß der Anspruch auf Wäcker, also der Anspruch auf die geistigen Mittel, eine Selbstverständlichkeit ist — und man suche aus dieser Erkenntnis praktische Schlüsse. Bitte: Was führt der Arbeiter heute für Gründe an, wenn er neue Lohnforderungen stellt? Nun, er führt an, daß die Lebenshaltung die und die Summe seines Erwerbtes und daß er demgemäß jenseitigen Lohn haben müsse. In aller Ungeniertheit: Wo bleibt in dieser Rechnung der Beitrag für das geistige Leben, für Bücher, Theaterbesuche usw.“

Ich weiß genau, daß eine solche Forderung, wenn sie gewerkschaftlich erhebt, erhoben wird, vom Unternehmer mit schallendem Gelächter beantwortet werden wird.

Nun, der Herr ist schon manches andere Sachen vergangen! Ich weiß auch, daß der Arbeiter selber für sich erhebt und jenseitig erhebt, bei keinen Lohnforderungen einen Beitrag für das geistige Leben mit in Ansatz zu bringen. Also gar ist die Selbstverständlichkeit! Aber der Weg muß endlich beschritten werden! Was nützen alle jene so oft vorgetragenen Klagen darüber, daß die Löhne so jämmerlich sind, daß der Arbeiter keine Bücher kaufen kann — was nützen diese Klagen, wenn nicht endlich angefangen wird, die Forderung auf geistige Existenzmittel in den Aufgabenkreis gewerkschaftlicher Arbeit einzubringen!

Was stellt man sich sonst bei der Pflege proletarischer Geistigkeit auch noch dieser Richtung hin!

Hugo Preuß

Am 12. Oktober ist in Berlin Hugo Preuß, der Vater der neuen Reichsverfassung, zu Grabe getragen worden. Sein bedeutendes Werk, die Verfassung der deutschen Republik, wird seinen Romanverdiensten vorzuziehen sein. Als er von Friedrich Ebert in die Regierung berufen wurde, um dem deutschen Volke eine neue grundlegende Grundlage zu geben, galt sein Streben dem deutschen Einheitspunkt. Er glaubte die Stunde gekommen, den schönsten Traum aller großen Deutschen zu erfüllen. Seine Verfassungsentwurf gab der deutschen Einheit politische Form. Seiner gesamte sein Streben ein Ziel von Politikern entgegen, die mit einem Male an der Reichspartei und der jugendlichen Stammesgenossen offenbar Vorzüge zu sehen glaubten, die es zu erhalten gelte. Zwar wollten diese Reichsgegner ebenfalls den Einheitspunkt, aber nur, wenn ausgerechnet die Eigenart ihres Landstüchleins unangehört bliebe. An dem vereinten Überhand hierzulande der Revolution ist der große Schaden geschehen geworden. Die alte Reichspartei mit ihren Paragrafenmengen, Verordnungen und Beschlüssen wird weiter bestehen. Das Werk des Reichspolitikers Preuß ist demnach noch unvollendet. Die Reichspartei ist noch unvollständig, noch gefährlicher geworden. Bayern, Mecklenburg usw.

Es ist denn auch G. Hauptmann, H. Rothemann und Fritz Ebert auch hier. Geht in die Richtung der Demokratie hin. Weil er ein Gegner war, ein Mann mit eigenen Gedanken und hohem Selbstvertrauen, er war keiner eigenen Partei, der demokratischen, nicht zu einer Stelle berufen worden, wo er dem Lande notwendig dienen konnte. In der Forderung seiner Partei gab er die Seiten, die Nutzen des Volkes und die höchsten die Eins, die sie doch erst zu einem Mann in der Politik hätte machen können. Man kann es Hugo Preuß nachsagen, daß ihm es ob der Beschaffenheit der Klein-

um ihn herum das Herz gekrampft hat. Mit dem bitteren Gefühl, unterstanden und nach hinten gedrängt zu sein, mag Hugo Preuß die Augen für immer geschlossen haben. Er gehörte zwar nicht zu uns, aber er war ein Mann, ein Geist, ein Strebender großen Formats, den wir achten und dem ein fortdauerndes Gedenken der fortschrittlichen Arbeiterschaft sicher ist.

Ehrung der Verbandsjubilare

Die Ortsverwaltung Grün a. S. veranstaltete zu Ehren ihrer Verbandsjubilare, die über 25 Jahre unserem Verband als treue Mitglieder angehören, eine schöne Feier, die sehr harmonisch verlief. Die Ehrung wurde den Kollegen Reichel, Pehold, Schrepel, Buschmann, Habertorn und Kreislig juteil.

Arge Zeitungslosigkeit. Der Verlag des „Montag-Morgen“, so schreibt der Korrespondent der Buchbrüder, hatte nach der Ankündigung des Preisabbaues durch den Reichsanwalt Luthier am 8. August ein Preisauschreiben für keine Leser veranlaßt, nach dem seine Einjender mit einer Prämie bedacht werden sollten, die am genauesten die Preise, die am 1. Oktober, dem Tage des verheißenen Preisabbaues, galten, im voraus zu bestimmen vermochten. Über 3000 Jungenungen erhielt der Verlag, von denen die Hälfte ihren Glauben an den Erfolg des Preisabbaues dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie geringere Preise als die am Tage der Ausschreibung gültigen für den 1. Oktober prophezeiten. Sie sind sämtlich enttäuscht worden. Recht bezieht jedoch die andere Hälfte der Einjender, die zum Teil ganz erhebliche Preisrückstellungen voraussetzten. Die Lebensmittel, deren Preise zur Grundlage der Ausschreibung gemacht wurden, kosteten am 8. August zusammen 18,38 M. und mußten schon Ende September mit 19,07 M. bezahlt werden. Am 1. Oktober aber traten erst die Zollbelastungen ein. Wenn auch vielfach die Zollaufschläge schon vorher erhoben wurden, so ist doch klar, daß die eigentliche Auswirkung des Zollwuchers erst nach dem 1. Oktober voll in Erscheinung treten wird. Das berühmte Preisabbauprophezen war nichts als eine Verungung gese. Wie sehr diese Worte den beabsichtigten Erfolg gehabt hat, zeigte aber gerade das erwähnte Preisauschreiben des „Montag-Morgen“ — die Hälfte der Einjender glaubte daran.

Schriftenschau

Der Terror gegen die sozialistischen Parteien in Rußland und Georgien. Verlag J. F. W. Dieb, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 138 Seiten. Preis 2,50 M. Das Buch ist eine Anklage. Die drei Autoren, die russischen Sozialisten Abramowitsch, Suchomlin und Zerebelli, lassen nur Tatsachen sprechen. Dadurch wird das Buch eine Bereicherung mit dem bolschewistischen Regierungssystem — eine Anklage gegen eine Kampfethode, wie sie schlimmer die reaktionärsten Despoten nicht angewandt haben. Wir gewinnen Einblick in Mächte, die man magt mit dem Namen: „Kampf um die Freiheit des Proletariats“ zu entschuldigen. Wir sehen hinter Gefängnismauern, in die Folterkammern der Tscheka, in die Bergweisung und das Elend der Konzentrationslager. Und all dies angewandt gegen Proletarier, Arbeiter, Bauern und Intellektuelle, die treu dem Glauben an den Sozialismus, sich gegen Terror und Ungerechtigkeit wenden. Alle, die die Sache des Proletariats zu ihrer eigenen gemacht haben, sollten dieses Buch lesen und für seine Weiterverbreitung sorgen, denn hier wird dem Bolschewismus die Maske vom Gesicht gerissen und sein wahres Gesicht erscheint: Das Polizei- und Gewaltsystem des russischen Jutismus.

Grundriss des Jungsozialismus. Leitbilder. Im Auftrag der Leipziger Jungsozialisten herausgegeben von Fritz Bregelberger. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. Preis 60 Pf.

Der Sozialdemokratische Abreißkalender für 1926 ist bereits erschienen. Er bildet schon rein äußerlich einen freundlichen Himmelschmuck. Der Kalender hat infolgedessen eine Vereidigung erfahren, als die täglich verzeichneten historischen Daten von drei auf acht erweitert wurden. Auch die von den einzelnen Organisationen gegebenen Informationen sind reichlicher als in früheren Jahren. So gibt der Kalender auf mehr als 700 Seiten Belehrung und Unterhaltung im weitem Range Angehts des Gebotenen ist der Preis von 2 M. ein befriedigender zu nennen. Der Sozialdemokratische Abreißkalender kann durch alle Parteibuchhandlungen bezogen werden, eventuell direkt vom Verlage, der Bornäts-Buchdruckerei in Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 25. Okt. ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 25. bis 31. Oktober 1926 fällig.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit * bezeichneten Verwaltungstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Revolvierämter, Postämter und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstätten durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 5 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für Mitglieder der Beitragsklasse:				Beginn der Beitrags-erhebung
	I	II	III	IV	
Ortsrat	10	10	10	—	40. Woche
Ortsratsekretär	15	10	5	—	45. "
Zweigrat	50	15	10	5	48. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Offenlich gerügt wird: Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Schillingen: Der Glaschleifer Rudolf Tauch, geb. am 10. April 1882 zu Zwoischen, Mitgliedsbuch Nr. 3.787.460, wegen unkollegialen Verhaltens.

Für nicht wieder aufnahmefähig wird erklärt: Auf Antrag der Verwaltungstelle Briesg: Der Schlosser Karl Fätschel, geb. am 14. Mai 1879 zu Briesg, Mitgliedsbuch Nr. 3.054.945, wegen Unterschlagung.

Gestohlen wurden in unserem Büro in Fulda: 8 Mitgliedsbücher Nr. 6.044.193 laufend bis Nr. 6.044.500 und der große vier-eckige Verwaltungstempel. Die Verwaltungstelle Fulda erhält einen neuen Stempel in ovaler Form. Mitgliedsbücher mit einer der genannten Nummern und Schriftstücke mit dem gestohlenen Stempel sind anzuhalten und ist der Verwaltung Fulda Kenntnis zu geben. Stuttgart, Rätestraße 16. Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Berlin 2; von Metallarbeitern aller Branchen nach Danzig (The International Shipbuilding and Engineering Co. Ltd., Danziger West und Eisenbahnwerkstätten A.-G.) St.; nach Detmold (Eisenwerke Metallindustrie) St.; von Tafelgerätharbeitern nach Hanau (H. Neuhof) St. L = Lohnbewegung; D = Differenzen; u. St. = Streit in Stadt; St. = Streit; R. = Maßregelung; Ri = Ritzhände; A = Auswertung

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Stuttgart, Rätestraße 16

Metallarbeiter-Kalender Former-Kalender und Klempner-Kalender

für das Jahr 1926 sind erschienen. Zu beziehen durch alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu 1 Mk. das Stück